

Bekämpfung der SARS-COV-2-Pandemie

Aktuelle Situation, erwartete Entwicklung und Maßnahmenplanung

Nachdem sich die pandemische Lage im Sommer 2021 etwas beruhigt hatte, steigen auch in Nürnberg die Fallzahlen seit Mitte August und damit deutlich früher als allgemein erwartet erkennbar an. Das Gesundheitsamt hat die vergleichsweise ruhigen Sommermonate genutzt, um angefallene Mehrarbeit und Urlaubsansprüche der in der Pandemie-Bekämpfung eingesetzten Kräfte abzubauen. Aufgrund der niedrigen Fallzahlen wurden aber auch Unterstützungskräfte von ihren staatlichen Arbeitgebern, der Bundeswehr und den städtischen Dienststellen und Betrieben, die die Kräfte für die originären Aufgaben dringend benötigten, in erheblichen Umfang abgezogen. Der Personalstand hat sich deshalb von 420 Vollzeitkräften im Februar 2021 auf 284 VK im August reduziert.

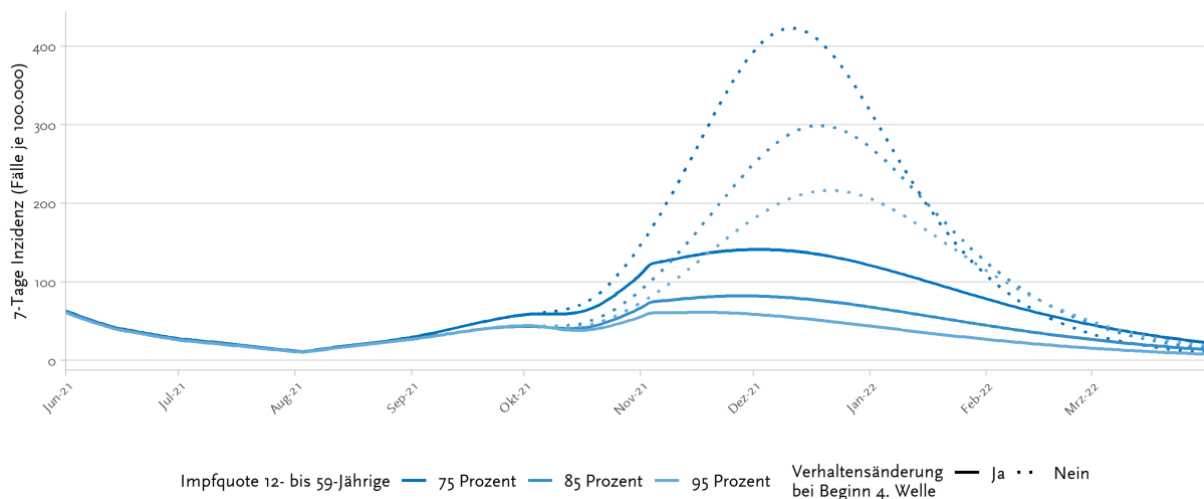
Durch die Reduzierung der Kräfte konnte Anfang August auch ein Teil der in der Meistersingerhalle belegten Fläche für die Nutzung durch MSH wieder frei gegeben werden. Aktuell werden dort nur die kleine Halle und das kleine Foyer durch das Gesundheitsamt genutzt. Weitere Standorte sind neben der Burgstraße 4, Gebäude in der Breslauer Straße 350, in der Gleisbühlstraße 2, in der Lina-Ammon-Straße 28 und ein Nebengebäude der ehemaligen Feuerwache 1 in Reutersbrunnenstraße. Ein verfügbarer, vergleichbar großer Zentralstandort wie die Meistersingerhalle konnte bisher nicht gefunden werden.

Der operative Wechsel von der bisher verwendeten Eigenentwicklung COVID-PIS zur bundes-einheitlichen Software SORMAS konnte ebenfalls erfolgreich am 26. Juli 2021 bewältigt werden. SORMAS ist seitdem die technische Grundlage für das Corona-Containment. So werden in SORMAS alle Index- und Kontaktpersonen erfasst, in Quarantäne gesetzt, entlassen und Bescheinigungen erstellt. Auch die Meldung externer Kontaktpersonen erfolgt aus SORMAS heraus. Als technisches Mittel wird Symptomtagebuch Climedo möglichst großflächig eingesetzt, da dies eine sehr komfortable Möglichkeit für Personen in Quarantäne bietet, um den Gesundheitszustand bzw. das Auftreten von Symptomen melden können. Nach einem zunächst weitgehend störungsfreien Betrieb kam es bei höherer Belastung des Systems in letzter Zeit zu mehreren Systemausfällen, die jedoch durch das SORMAS-Team bewältigt werden konnten. Hierbei hat sich gezeigt, dass der Support durch den Softwarehersteller und die beteiligten IT-Dienstleister (Hosting, Betrieb) noch verbessert werden muss, um im Störfall schnell und vor allem zuverlässig Abhilfe schaffen zu können. Gh ist deshalb mit dem zuständigen „Bereitsteller“ der Software beim Bundesgesundheitsministerium zugegangen, um hier Nachbesserungen in Gang zu setzen. Die bisherigen Erfahrungen mit Software zeigen aber auch, dass die Einarbeitung deutlich länger dauert und die Bearbeitungszeiten sich teilweise verdoppelt haben. Weitere Einschränkungen ergeben sich aus fehlenden Funktionen, die bisher nicht in SORMAS zur Verfügung stehen. Der Abruf von Labormeldungen erfolgt über DEMIS (Deutschen Elektronischen Melde- und Informationssystem des RKI) weiterhin in ÄSKULAB (Fachsoftware bei Gh). Anschließend werden die Befundinformationen in SORMAS importiert. Da aus SORMAS keine Meldungen an das LGL möglich sind, erfolgen diese weiterhin aus ÄSKULAB heraus. Meldungen von Reiserückkehrern werden weiterhin im Altsystem COVID-PIS erfasst und verarbeitet, da diese Funktion ebenfalls noch nicht vorhanden ist. Das bisher genutzte SMS-Gateway zur Vorab-Information von Index-Fällen steht nach der Umstellung auf SORMAS nicht mehr zur Verfügung. Die zuständige Containment-Steuerung hat deshalb große Anstrengungen unternommen, die nicht durch die Software vorgegebenen Arbeitsschritte zu vereinfachen und zu reduzieren, um den gestiegenen Arbeitsanfall bewältigen zu können. Der Umfang der Tätigkeiten wurde dabei bereits auf den gesetzlichen Mindeststandard reduziert. Dadurch konnte eine gewisse Entlastung erzielt werden, die aber die oben genannten Effekte nicht völlig aufheben konnten. Ob sich der

Aufwand durch die zunehmende Erfahrung mit dem System und Systemoptimierungen, die durch den Softwarehersteller selbst vorzunehmen sind, erzielen lassen, bleibt abzuwarten.

Bereits im Juli hat das RKI darauf hingewiesen, dass die Gesundheitsämter Vorbereitungen für die im Herbst erwartete vierte Welle der Corona-Pandemie ergreifen sollen. (vgl. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Downloads/Vorbereitung_Herbst-Winter.pdf?__blob=publicationFile) Dieser Empfehlung ist G.h. gefolgt und hat erste Anstrengungen und Überlegungen für das „Wiederanfahren“ der Corona-Pandemie nach der „Sommerpause“ unternommen. Früher als im Vorjahr stiegen die Fallzahlen allerdings bereits im August wieder an, so dass bereits im Oktober ein starker Anstieg der Inzidenzen zu befürchten ist. Das RKI weist in seiner jüngsten Veröffentlichung zum Herbst/Winter 2021/22 darauf hin, „dass der Verlauf der vierten Welle die bisherigen Wellen im Hinblick auf die täglichen Meldefälle wahrscheinlich deutlich übertreffen“ kann. (vgl. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Downloads/Vorbereitung_Herbst-Winter-Aktualisierung.pdf?__blob=publicationFile) Dies würde auf Grundlage der derzeitigen Impfquote und bei Beibehaltung der derzeitigen vergleichsweise niedrigschwelligen Hygienevorschriften für Nürnberg bedeuten, dass der Inzidenzwert von 400 zeitweise auch deutlich überschritten werden kann.

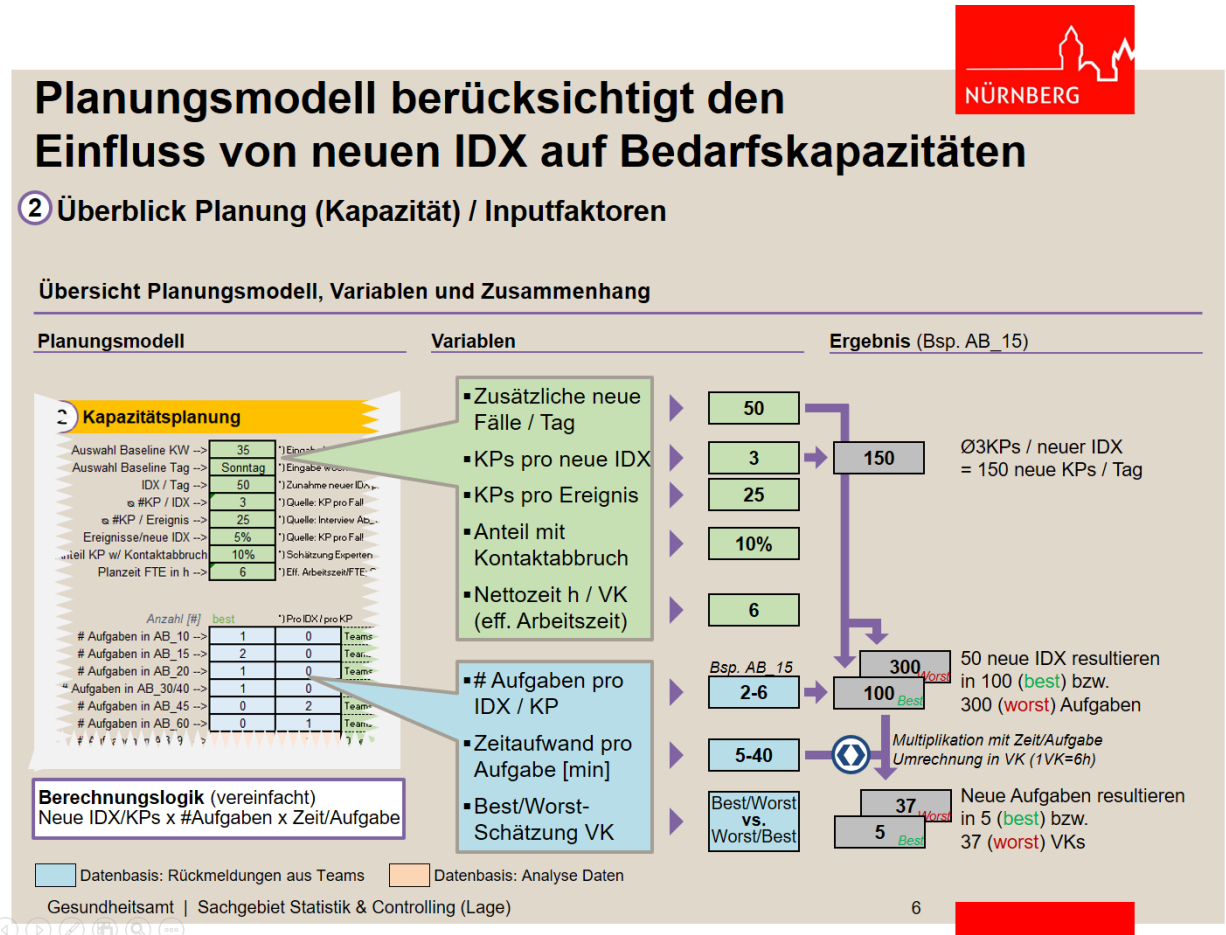
Der tägliche Eingang von Infektionsfällen läge dann bei maximal 296. Neben der Fallzahl ist für die Arbeitsbelastung des Containments die Anzahl der Kontaktpersonen eine wesentliche Größe. Diese liegt aktuell bei rund 3. Für die Vorbereitungen auf die vierte Welle wird vorläufig maximaler Inzidenzwert von 400 als Rahmenparameter zugrunde gelegt. Die Entwicklung wird aber laufend beobachtet.



Quelle: RKI, 22.07.2021

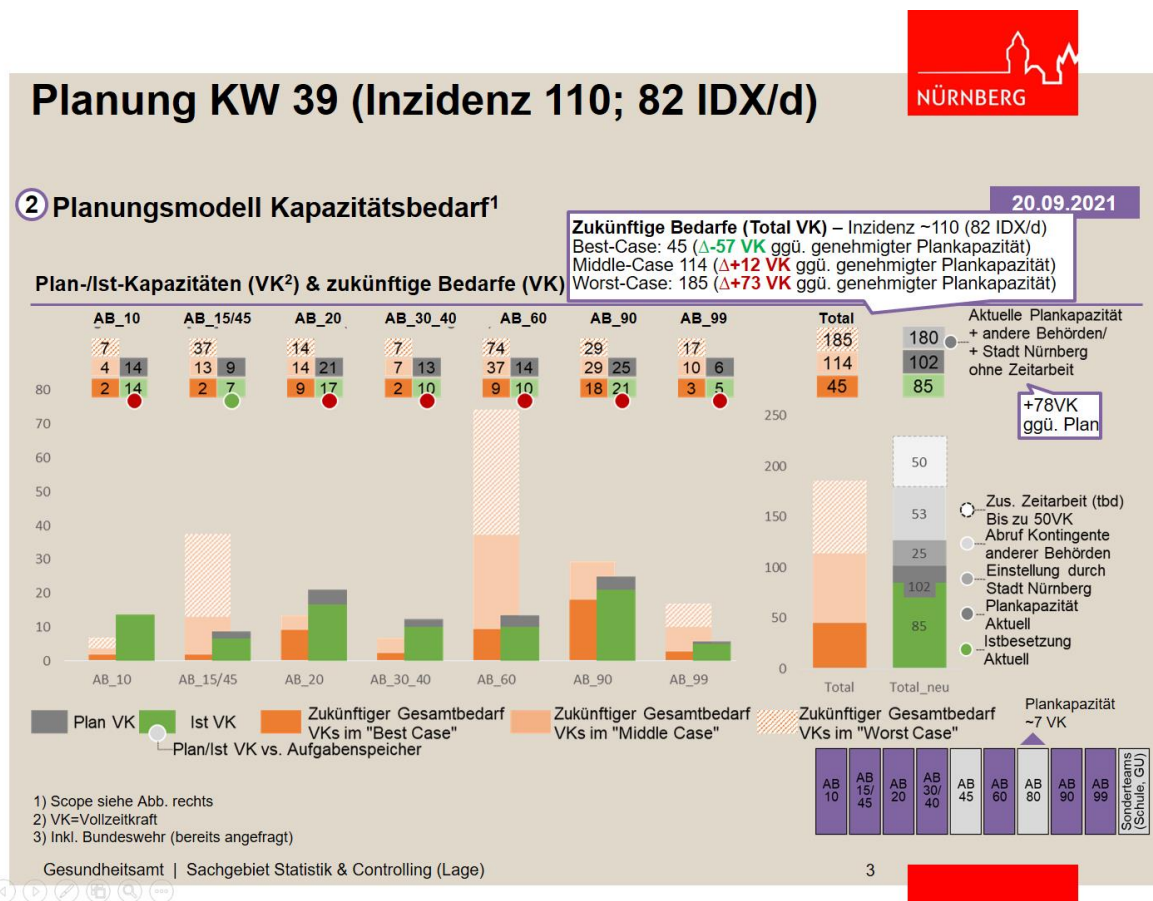
Aufbauend auf bereits vorliegenden Überlegungen der Containment-Steuerung hat das Statistik-Team Anfang September ein Tool zur Prognose der Inzidenzwerte und davon abgeleitet des Personaleinsatzes im sog. Kernprozess entwickelt. Der Kernprozess umfasst im Wesentlichen die Arbeiten zur Fallerfassung und -verwaltung, die Bearbeitung der Isolationsmaßnahmen der infizierten Person sowie das Management der Kontaktpersonen und der Quarantäne sowie die notwendigen Nacharbeiten wie Entlassung und Ausstellung von Bescheiden. Der Personalbedarf in den anderen Teilen ist weniger abhängig von den Inzidenzwerten. Hier wirken sich teilweise anderen Faktoren stärker auf die Arbeitsbelastung aus. Beispielhaft sind hier auf die Sonderteams Reiserückkehrer, Erntehelfer, Schulen/Kita zu nennen.

Der Prognose für die Inzidenzen liegt der Algorithmus „pandemic calculator“ zugrunde, für den eine Reihe von Parametern notwendig sind, die zum Teil nur geschätzt werden können. Der wichtigste Parameter ist dabei der sog. R-Wert, der vom Statistik-Team jeweils aktuell neu zu ermitteln ist. Zwischenzeitlich zeigen Nachberechnungen, dass die Vorhersagen für die kommende Woche auf Basis der Daten der Vorwoche mit hoher Zuverlässigkeit möglich sind. Dies ermöglicht den Personaleinsatz mit einem Vorlauf von zwei Wochen zu steuern.

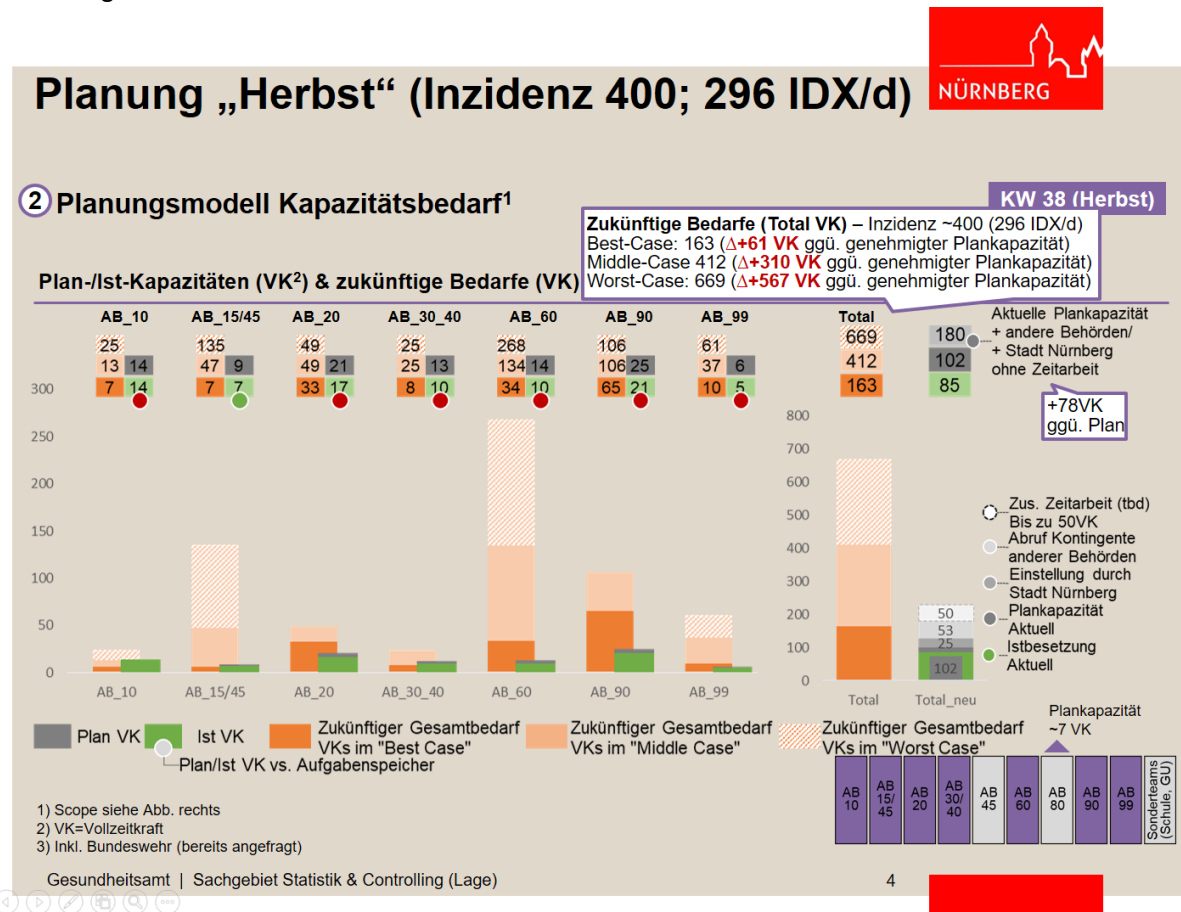


Unter Zugrundelegung der vom Statistik-Team ermittelten minimalen und maximalen Anzahl an Arbeitsschritten, die je Verlauf der Infektion bei Indexfällen und der Entwicklung bei den Kontaktpersonen variieren kann, sowie der minimalen und maximalen Bearbeitungszeiten lässt sich der Personalbedarf für die Arbeitsbereiche im Kernprozess rechnerisch bestimmen. Dabei wird zwischen der günstigsten, der ungünstigsten und einer mittleren Fallgestaltung unterschieden. Die praktischen Erfahrungen zeigen, dass der tatsächliche Personalbedarf sich oberhalb des mittleren Werts bewegt. Auf dieser Basis wird eine wöchentliche Vorausschau erstellt.

Die nachstehende Abbildung zeigt, die Vorausschau für die 39. Kalenderwoche, die auf den Daten der 37. KW basiert.



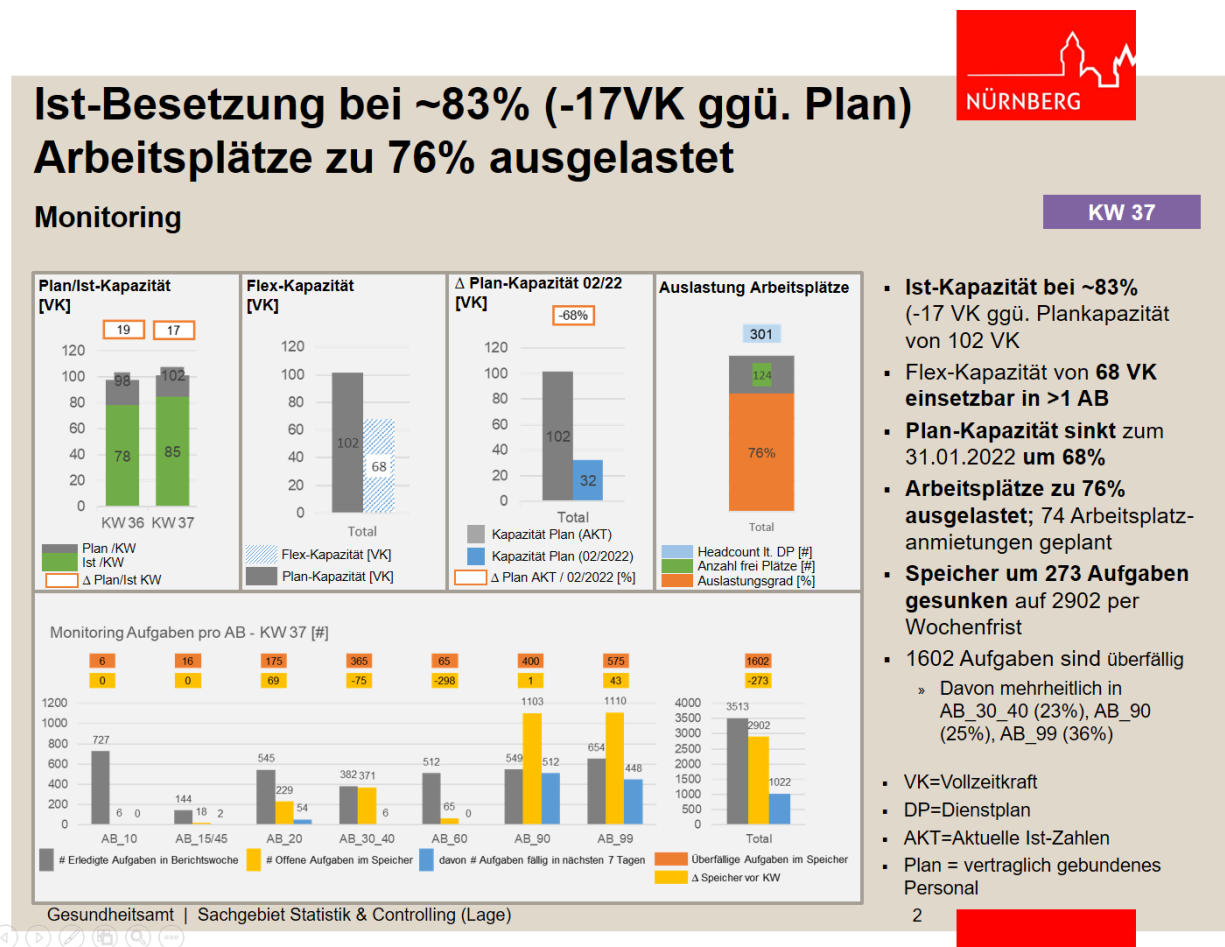
Auf der Grundlage des Modells lässt sich auch der Personalbedarf für die erwartete vierte Welle näherungsweise ermitteln.



Auf Grundlage einer Inzidenz von 400 ergibt sich ein Personalbedarf im besten Fall von 61, im schlechtesten Fall mehr als 500 zusätzlichen Vollzeitkräften. Gh geht aktuell von einem Mehrbedarf von bis zu 300 Kräften im Kernprozess aus, soweit sich die Rahmenbedingungen Impfquote und Kontaktbeschränkungen nicht grundlegend ändern.

Um sich auf diese enorme Herausforderung vorzubereiten, wurden von Gh verschiedene Maßnahmen ergriffen, die sich aber noch in der Umsetzung befinden.

So wurden alle verfügbaren Kontingentkräfte staatlicher Behörden zwischenzeitlich wieder in die Pandemiebekämpfung zurückberufen. Eine Anfrage bei der Bundeswehr wurde bisher noch nicht abschließend beantwortet, da der Einsatz der Bundeswehr erst ab einer Inzidenz von 200 vorgesehen ist. Zusätzlich werden nach Abstimmung mit der Referentenrunde zunächst 100 Kräfte aus einem von Gh und Personalamt (PA) bereits im Juli angelegten Pool von Bewerberinnen und Bewerbern eingestellt, befristet bei der Stadt eingestellt. Die notwendigen Akquisemaßnahmen (Gespräche, Ausstellung der Arbeitsverträge) dauern allerdings noch an, da die dafür verfügbaren Kapazitäten bei Gh und PA bereits stark belastet sind. Es ist zu erwarten, dass ein Großteil der Kräfte vor allem aufgrund von Kündigungsfristen erst Ende Oktober zur Verfügung stehen wird. Zusätzlich wurde eine Rahmenvereinbarung mit mehreren leistungsfähigen Dienstleistern für die Überlassung von Leiharbeitskräften europaweit ausgeschrieben und abgeschlossen, so dass ab Anfang Oktober kurzfristige Bedarfe auch auf diesem Weg gedeckt werden können. Die folgende Abbildung zeigt die personelle Lage in der KW 37.



Für neue Kräfte müssen in ausreichendem Umfang geeignete Arbeitsplätze und IT-Ausstattung zur Verfügung gestellt werden. Stadteigene Flächen stehen nur sehr geringem Maß zur Verfügung, da alle städtischen Dienststellen und die Schulen zum Regelbetrieb zurückgekehrt sind. In Zusammenarbeit mit Ref. VII konnten zwischenzeitlich ausreichend dimensionierte Bürogebäude auf dem Mietmarkt identifiziert werden, die die Unterbringung der neuen Unterstützungskräfte ermöglichen könnten und im Idealfall auch die Räumung der belegten Flächen in der Meistersingerhalle ermöglichen. Voraussetzung ist jedoch, dass die in der Prüfung befindlichen Bürogebäude auch kurzfristig durch FW an das stadteigene IT-Netzwerk angeschlossen werden können und eine funktionierende Gebäudeverkabelung vorhanden ist. Zudem wird in erheblichem Umfang Büro- und zusätzliche IT-Ausstattung benötigt. Hierzu ist eine enge Zusammenarbeit mit IT und der Beschaffungsstelle bei ZD erforderlich.

Um ggf. kurzfristig auftretende Engpässe auffangen zu können, wurde von Gh vorgeschlagen, auch städtische Kräfte als Kapazitätsreserve für die Pandemiebekämpfung vorzubereiten. Dabei sollen vor allem Arbeiten erledigt werden, die nur einen geringen Schulungs- und Einarbeitungsaufwand verursachen, aber im operativen Betrieb eine hohe Ressourcenbindung verursachen. Dazu gehören aktuell die Zuordnung eingehender Testergebnisse zu den Indexfällen und Kontaktpersonen, die Erstellung von Quarantänebescheinigungen und weitere Hintergrundarbeiten z. B. für Sonderfall-Teams. Wesentliche Vorteile sind bei dieser Lösung, dass die Kräfte keine zusätzlichen Kosten auslösen, wenn sie nicht zum Einsatz kommen. Es werden keine zusätzlichen Flächen und keine zusätzliche Ausstattung benötigt. Im Einsatzfall wäre allerdings der Betrieb in der Stammdienststelle Einschränkungen unterworfen. Da derzeit in vielen Dienststellen eine angespannte Personalsituation vorliegt, kann von diesem Instrument nur beschränkt Gebrauch gemacht werden. In der Referentenrunde am 22.09.2021 konnte vereinbart werden, dass zunächst jeweils 5 Vollzeitkräfte aus jedem Geschäftsbereich für die Reserve ausgebildet werden.

Sollte die pandemische Entwicklung wie prognostiziert eintreten, müssen spätestens Mitte Oktober weitere Schritte zur Kapazitätserweiterung zur Entscheidung gebracht werden. Gh wird die tatsächliche Entwicklung weiter beobachten und die erforderlichen Schritte einleiten.

Nürnberg, 24.09.2021
Gesundheitsamt